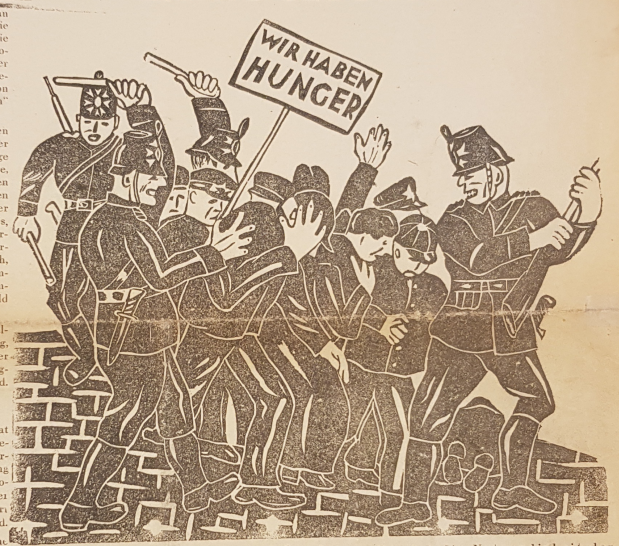
DIE PROLETARISCHE REVOLUTION

Nr. 8 · 5. JAHRGANG
AUGUST 1930
PREIS 15 PFG.

ORGAN FÜR DIE REVOL. INTERESSEN DER ARBEITERKLASSE
HERAUSG. VON DER ALLGEM. ARBEITER UNION EINHEITSORG.

Proletarier! Entscheidet!



...lastet der Ruf, der jetzt von allen Parteien an ...s Proletariat ergeht. Wiederum ein paar Jahre, die ...hrer der Reichstagssession hindurch, konnten die ...ieder als stille Zuschauer die „Vertretung der pro...rischen Interessen" durch die „altbewährten" oder ...evolutionären" Führer bewundern. Als Unterbre...ung wurde nur zu Parteiparaden anläßlich von ...owjetketten" oder „machtvollen Kundgebungen" ...ufgerufen.

...etzt aber wird aufgefordert auf den Plan zu treten ...nd die Stimme abzugeben, um damit ein Urteil über ...e Vergangenheit zu fällen und über das künftige ...chicksal zu entscheiden. Um dem Wähler die Aufgabe, ...eine Entscheidung zu treffen, zu erleichtern, werden ...die „Taten" der Vergangenheit und die Forderungen ...ür die Zukunft aufgezählt. Bei der Betrachtung dieser ...egenüberstellungen ist zu ersehen, daß **alle** immer ihr Bestes, ...ie die Arbeiter natürlich, getan haben und tun wer...den, um am Ende festzustellen, daß die Lage der Ar...beiter schlechter geworden ist. Aber wir erfahren auch, ...besonders während des Wahlkampfes, wie das zusam...menhängt. Nach den Angaben **jeder** Partei, ist es im...mer — könnte es überhaupt anders sein? — die Schuld ...der Anderen.

...Den klassenbewußten Arbeiter ist diese Art Stel...lungnahme zu seinen Lebensfragen nicht vollwertig. ...Sie ist für unsere Zeit zu bequem und bringt immer ...neue Enttäuschungen. Als Folge zeitigt sie Mutlosig...keit und Passivität und wirkt so besonders hemmend.

Worum handelt es sich jetzt?

...Nun, all die Angriffe, die gegen das Proletariat ...getragen werden, sind eigentlich nichts Außerge...wöhnliches. Die Dinge bilden nur für den eine Ueber...raschung, der sich noch keine Einsicht in den Gang ...der gesellschaftlichen Entwicklung verschafft hat, so...daß er von dem Vorhandensein von Krisen und der ...Verschärfung der Klassengegensätze erst etwas erfährt ...und spürt, wenn er unmittelbar davon betroffen wird.

...Was sich jetzt politisch vollzieht, ist nur die logische ...Folge einer Entwicklung, die mit der Wahl zur Natio...nalversammlung 1919, mit der Entscheidung für den ...Parlamentarismus, begann. Auf diesem Wege ist es ...dem Bürgertum gelungen seine Macht zu konsolidie...ren. In der jetzigen ungeheuren Wirtschaftskrise, die ...hervorgerufen ist durch die dem Kapitalismus inne...wohnende Widersprüchlichkeit, wird diese errungene ...Macht in vollem Ausmaße gegen das Proletariat zur ...Anwendung gebracht.

...Wir haben seit Jahren auf diesen Zustand hinge...wiesen und die vorhandene, gebieterische Notwendig...keit des Kampfes um den Sozialismus aufgezeigt. In ...ständiger Verkennung seiner Klassenlage und ...Aufgaben hat das Proletariat durch seine **bürgerliche,** ...ideologisch- und charakterbedingte Verhaltungsweise ...in allen Situationen versagt. Außenpolitisch entschied ...man sich für die West-Orientierung, deren Entwick...lung bis zum Youngplan gediehen ist. Soeben hat die ...Sozialdemokratie diesen noch als wichtigen Rettungs...anker auch dem Proletariat gepriesen. Noch heute ist ...man stolz, gemeinsam mit Stresemann, einem Helden ...des Bürgertums, am Abschluß beteiligt gewesen zu ...sein, um im gleichen Atemzug sagen zu müssen, der ...Kampf geht um die endgültige Verteilung der **Lasten,** ...die aus seiner Durchführung entstehen. Wirtschaft...lich bekannte man sich zum Wieder-Aufbau der kapi...talistischen Wirtschaft, deren Segen in der kapitalis...tischen Rationalisierung, das heißt in erhöhter Aus...beutung im Betrieb einerseits, und Massenerwerbs...losigkeit anderseits, für die gesamte Arbeiterschaft ...Wirklichkeit in Erscheinung tritt. Innerpolitisch entschied ...man sich für die bürgerliche Demokratie, für die bür...gerlich-kapitalistische Republik. Deren Stolz ist die ...das Privateigentum schützende Verfassung mit ihrem § 48 und das Republikschutzgesetz. Organisatorisch hielt man fest an den Parteien und Gewerkschaften mit ihrem bürgerlichen Organisationsprinzip, dem Zentralismus. Nach fortgesetztem Ausbau derselben und einem von ihnen betonten Siegeslauf steht das Proletariat vollständig kampfunfähig und mutlos dem Ansturm des Klassengegners gegenüber.

Eine 12jährige verfehlte Politik liegt hinter uns und ihre Folgen werden und können nicht ohne tiefe Spuren zu ziehen an uns vorübergehen. Aus dieser verfahrenen Situation gibt es keine Augenblickslösung. Das muß offen bekannt werden, auch wenn es bitter ist, denn es gilt nicht Illusionen zu erwecken und sich in ihnen zu betäuben, um daraus mit noch größerem Katzenjammer zu erwachen. Das klar sehen und offen aussprechen bedeutet aber nicht, sich mit den Verhältnissen abfinden, denn diese sind ja nicht unabänderlich. Es liegt beim Menschen, bei uns Proletariern, an die Stelle bisherigen Versagens die positive Handlung zu setzen.

Was ist also jetzt zu tun?

Alle die brennenden Gegenwartsfragen müssen in ihrem Zusammenhang, in der großen Linie der geschichtlichen Entwicklung betrachtet und an ihre Lösung kann nur von diesem Gesichtswinkel herangegangen werden. Das heißt für die Arbeiterschaft ist notwendig, alles von ihrem besonderen Klassenstandpunkt, im Hinblick auf das sozialistische Ziel zu betrachten und zu werten.

Da ergibt sich die Notwendigkeit der Umstellung auf der ganzen Linie,

der organisatorischen Zusammenfassung des Proletariats, der Kampfmethode und -Taktik, wie auch des Verhaltens, also des Charakters jedes einzelnen.

Alles muß orientiert sein an einer Zielsetzung die ausdrückt: wir sehen und suchen unsere Sicherung nicht als Einzelne sondern in der Gemeinschaft.

Auf der Tagesordnung steht Stellungnahme zur Lohnabbauoffensive, dem Abbau der Sozialpolitik und den Steuermaßnahmen. Vielerorts ist man mit der Lohnkürzung bereits zur Praxis geschritten. Die weiteren Verschlechterungen der an sich nur eine Scheinsicherung für den Arbeiter darstellenden Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind durch die Notverordnungen zur Tatsache geworden. Ebenso die reaktionären Steuermaßnahmen, besonders unter dem Kapitel: „Erschließung von Einnahmen für die Gemeinden."

All dem soll nun begegnet werden durch die Wahl zum Reichstag. Der neue Reichstag und die aus ihm hervorgehende Regierung sollen Aenderung schaffen. Aber so einfach liegen ja die Dinge garnicht. Die Arbeit der „Volksvertreter" ist nicht gebunden an den, ihnen von den Wählern erteilten Auftrag, sie sind auch nicht dem Wähler verantwortlich, sondern ihre Aufgabe besteht darin, die kapitalistische Wirtschaft und den ihrer Sicherung dienenden bürgerlichen Staat zu stützen. Erhaltung der Rentabilität der Wirtschaft und Sanierung und Ausbalanzierung des Reichshaus-

haltes, das sind die Leitsätze durch welche ihnen ihre Aufgaben vorgezeichnet sind. Nur in diesem Rahmen haben sie Bewegungsfreiheit, andernfalls werden sie ausgeschaltet. Damit ist aber auch von vornherein die Möglichkeit, dort Sicherungen für die Zukunft der Arbeiterklasse zu schaffen unterbunden, denn deren Interessen sind entgegengesetzt denen der herrschenden Klasse. Wir dürfen nicht vergessen, Verfassungs- und Rechtsfragen sind Machtfragen. Die Besitzer der Wirtschaft, die Kapitalisten sind die Mächtigen und sie stehen hinter allen Handlungen als Regisseure und Kontrolleure.

Das erklärt uns, warum alle Handlungen auch der Arbeitervertreter nach der Wahl im Gegensatz stehen zu den Wahlversprechungen. Gerade die letzte Reichstagperiode ist reich an solchen Kontrasten. Man sagt dann: die Verhältnisse sind eben stärker und Opfer müssen gebracht werden. Da das aber schon von vornherein feststeht und zu sehen ist, werden solche Wahlmanöver zum Betrug.

Die heutigen Zustände sind also, wie festgestellt, das Resultat eben dieser bisherigen „Kampfführung" und darauf mit der erneuten Fortsetzung derselben durch Neuwahlen antworten zu wollen, heißt den Teufel durch Beelzebub austreiben.

Nur außerparlamentarisch-kämpferisch kann die Arbeiterschaft erfolgversprechend allen Angriffen zur Abwehr gegenübertreten und selbst ihre Angriffe vortragen. Zusammenstehen aller Arbeitenden und Erwerbslosen, klassenmäßiges auf den Plan treten, tut not. Wirtschaftlich-politische Massenstreiks sind brauchbare Kampfmethoden gegen Lohnabbau, sozialpolitische und sonstige Verschlechterungen und zur Durchsetzung proletarischer Forderungen. Das setzt natürlich dafür geeignete Kampfwaffen voraus, und die Frage stellen, ob die heutige Arbeiterbewegung solche verkörpern, heißt sie verneinen. Insofern hat das Zurückschrecken und Ausweichen der Arbeiterschaft vor solchen Kämpfen und die Flucht auf Nebengebiete oder eine überholte und damit heute unwirksame „Kampfbasis" eine reale Berechtigung. Nur ist damit verbunden, das Aufsichnehmen all der Lasten von denen man sich ja gerade befreien will. Will man das ernstlich, muß also doch nach dieser Richtung hin begonnen werden.

Die Durchführung aller Kämpfe muß wirklich in den Händen der Arbeiter, der Kämpfenden, liegen. Dazu bedarf es der Schaffung von revolutionären Vertrauensmännerkörpern, also nicht im Sinne der heutigen Organisationsfunktionäre, aus denen dann Kampfleitungen entstehen können. Die beste Gewähr dafür, den Kämpfen gewachsen zu sein, ist der darüberhinaus notwendige klassenmäßige Zusammenschluß aller Proletarier im Sinne des Rätesystems auf der Grundlage der Betriebe. Hand in Hand mit der Entwicklung auf organisatorischem Gebiet muß jene auf ideologischem gehen, Gewinnung von Selbstbewußtsein und Klassenbewußtsein. Daraus er[wächst] die Kampfbereitschaft und die Klassensolidarität, die Fundamente der Sicherung für alle klassen[kämpferi]sche Betätigung. Nur so wird eine Klassengemeinschaft erstehen, die wirksam auch jeden Faschismus, die letzte und brutalste Methode des kapitalistischen Systems und seiner Helfer gegen unser Ziel, den [Sozi]alismus, überwindet.

Für diesen Weg gilt es sich zu entscheiden und zu zeigen, daß allein ein zeitgemäß angewandter Marxismus sich für den Klassenkampf als richtungsgebend erweist.

Zur Wahl.

12 Jahre wählst Du Prolet,
immer von dem Wahn beseelt
daß es Dir dann besser geht.
12 Jahre hast Du gewählt
und Du hungerst immer noch?
trägst geduldig Dein Joch?
Du Arbeiter am Amboß und Pflug
Du Prolet am Stempelamt
Habt Ihr des Schwindels nicht genug?
Wieder ruft das Vaterland
von Thälmann bis zu Hindenburg,
die ganze Ausbeutergalerie
eröffnet ihr „Kikeriki"
Wählt Arbeiter, Bauern und Bürger,
Wählt selber Eure Würger;
seid Ihr noch nicht genug verraten?
habt Ihr noch Grund zum klagen?
12 Jahre Phrasen und Reden
wann endlich wacht Ihr auf, Proleten?
Ihr wartet noch immer auf Taten,
während man Euch auf Raten
Riemen schneidet aus Eurer Haut,
Euch täglich vom Lohne klaut?
Ihr vertraut noch immer den Schwätzern,
Den Pfaffen und den Bonzen?
Ihr wählt noch immer mit papiernen Fetzen
glaubt noch immer an die Partei?
Während sie von „Sozialismus" reden
meinen sie Pöstchen und Moneten,
und alle Instanzen flöten
von Demokratie, Freiheit und Recht
doch alle leben sie vom Knecht,
heucheln sie vom Menschenrecht!
Bluthund Noske und Kumpanei,
Alle sind sie dabei
Die Judenfresser-Partei,
alle sollst Du wählen,
alle auf Deine Stimme zählen.
Im Winter stehst Du Schlange
endlos lange
vor dem Stempelamt
und es dämmert Dir dann leise
daß die ganze Parlamenten-Sch . . . .
Dich betrogen hat!
und das „M. d. R." das ist satt,
stimmt für Kerker, nur für Klöster,
für I a gummierte Tröster,
seine soziale Frage ist gelöst,
während Du im Elend weiterdöst!
Nieder mit Stimmzettel und Verrat
Nieder mit dem Parteisalat
Es lebe das revolutionäre Proletariat,
Arbeiter, Erwacht!
Erkennt Eure Macht!
es lebe die direkte Aktion,
die proletarische Revolution!

J. A. Frey.

1161 Jahre

und sechs Monate Zuchthausstrafen wurden in Ju[goslawien] seit Errichtung der faschistisch-militärischen [Dik]tatur über Proletarier und Intellektuelle verh[ängt].

In Deutschland hat sich ein Frauenausschuß [gebil]det mit Maria Baum, Käthe Kollwitz, Ricarda [Huch] u. a., die den verbannten und eingekerkerten F[ührern] der politischen Bewegung in Rußland Hilfe leisten [wol]len. Vor allem will man die aus der zaristischen [Zeit] bekannte Sozialrevolutionärin Maria Spiridonowa [vor] dem Untergang retten. Es ist und bleibt eine Sch[ande], daß die russische Regierung die Gegner der p[...] kommunistischen Taktik nicht amnestiert.

Die asoziale Partei.

Daß die „demokratischen" Verhältnisse in der [Re]publik so jährlich mindestens ungefähr 20 000 [Men]schen zum Selbstmord treiben, andere wieder zu [an]deren Handlungen, die ihnen das Leben einigerm[aßen] sichern sollen, wundert keinen denkenden Me[nschen] mehr. Daß sich aber auch die Zeitungen kolossal [ins] Zeug legen, wenn ein armer Teufel aus Not [...] stiehlt, ist ebenso jedem wieder bekannt. So auch [im] Fall Surek, einem Armenpfleger, der in Frankfurt [an]geblich überfallen wurde und dem über 5000 Mark [ge]raubt worden sein sollen. Wenn die bürgerlichen [Zei]tungen dann Schand- und Schmähartikel über die „[Ver]brecher" aus Not bringen, das wundert uns nicht, aber die SPD.-Zeitungen in dasselbe Horn blasen, noch strammer, das sollte der Frankfurter „[Volks]stimme" diesmal zum Verhängnis werden. Groß und breitspurig nahm sie zu dem „Raubüber[fall]" Stellung und glaubte ein besonderes Geschäft ma[chen] zu können, wenn sie der Oeffentlichkeit mit[teilte]: „Der überfallene Wohlfahrtspfleger ist Mitglied [der] SPD. und schon seit Jahren Bezirksvorsteher."

Nach dieser Bekanntmachung für die Oeffentlich[keit], wurde lange und breit erzählt, wie der Üb[er]fall vor sich ging, um dann zu erklären:

„Es ist zu hoffen, daß alle Personen, die auf d[en] Fall bezügliche Mitteilungen machen können, der [Po]lizei bei der Verfolgung des Täters helfen. Da es [...]wieso außerordentlich schwer fällt, die bei den Ma[ssen]notständen unserer Zeit erforderliche große Zahl [von] ehrenamtlichen Wohlfahrtspflegern zu finden, ver[die]nen die Personen, die sich zu diesem Dienst an [der] notleidenden Menschheit bereit finden, jeden Sch[utz] und die volle Unterstützung der Allgemeinheit, die nun auch die Pflicht hat, den Kampf gegen die asozialen Elemente aufzunehmen, die diesen sozialen Dienst erschweren."

Wie immer, fordert man die Spitzel und Pinkertons auf, Treibjagd auf asoziale Elemente zu machen. Asozial ist bei der Sozialdemokratie alles, was vor Hunger und Elend nicht sterben und nicht leben kann. Aber dieses Mal waren die asozialen Elemente bald erlegt, denn es stellte sich nur zu bald heraus, daß das asoziale Element selbst aus der asozialen Partei hervorgegangen war, schaffte er das Geld doch beiseite und täuschte den Ueberfall vor. Daß nach der Schilderung des Raubüberfalles der Ausgang für uns schon klar war, ist ja weiter nicht von Bedeutung, denn seit 1914 betreibt die SPD. eine asoziale Politik und muß infolgedessen auch solche Elemente gebären. War es nicht schon asozial, wenn man die Kriegszutreiberdienste leistete, wenn man nach Ausgang des Krieges alle Ideen schwimmen ließ und sich wie Ratten auf die Provianträume, dargestellt durch die Futterkrippen, stürzte? Niemals vergessen wir die asoziale Handlung, daß die Regierung Ebert-Noske durch das Geld der Barmats gerettet wurde, die von sich aus die Noskeregimenter jener verfassungslosen Zeit besoldeten. Niemals dürfen wir den asozialen Elementen vergessen, daß noch nie so viel Arbeiterblut geflossen ist wie unter ihrer Regierungszeit. Asozial nennen wir die ganze Handlungsweise und die ganze Politik der SPD. Wir fragen die asozialen Politiker, wo ist die Trennung von Staat und Kirche, die Trennung von Kirche und Schule? Wer schloß das Konkordat mit dem „heiligen Vater"? Wir stellen weiter fest, noch niemals ging es dem deutschen Arbeiter so schlecht wie unter der asozialen Pest der Sozialdemokratie, niemals machte das Kapital größere Gewinne als unter ihrer Herrschaft, noch niemals standen die indirekten Steuern, denen immer ihr Hauptkampf galt, höher im Kurs als unter ihrer Regentschaft. Die asoziale Pest der SPD. zieht von den Barmats wie ein Komet zu der Affäre Sklarek und von da zu Surek und immer weiter nach Eisleben, von wo berichtet wird, daß sich dort lauter Würdenträger der Sozialdemokratie, Arbeitsamtsangestellte, zu verantworten hatten, daß es nur so Gefängnis- und Zuchthausstrafen gehagelt hat. Vergehen wegen Betrugs, schwerer Amtsunterschlagung, Untreue im Amt, Urkundenfälschung, Aktenvernichtung und dergleichen mehr bildeten die Ursachen der hohen Urteile. Winkler, vom Schriftsetzer avanciert zum Regierungsrat, erhielt 2½ Jahre Gefängnis, 6000 Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust zudiktiert. Die weiteren Vorgänge zu schildern erübrigt sich, da unser Platz für solchen Schmutz zu schade ist. Wer aber sich für diese ganz große Schweinerei der Asozialen interessiert, dem ist empfohlen, sich das „Eislebener Tageblatt" Nr. 148—159 zu verschaffen.

Das sind Handlungen einer Parteimitgliedschaft, deren Führung jeden armen Menschen, der durch die kapitalistischen Auswüchse zu außergewöhnlichen Handlungen gezwungen wird, asozial nennt. Weitere Worte darüber zu verlieren erübrigt sich, nur muß festgehalten werden, daß der Arbeiter wenn er sich fragt, warum die Hitlerbewegung so starken Zuwachs erhält, diese Vorgänge in Rechnung stellen muß, die jeden ehrlichen Menschen ins konterrevolutionäre Lager treiben müssen. Darum ist es Pflicht, die Führerinstitutionen, ganz egal welcher Richtung, und ob Partei oder Gewerkschaft zu zerschlagen und die Arbeiterbewegung nach dem Rätesystem, wo solches ausgeschlossen ist, aufzubauen. Und jeden denkenden Menschen müßte der Wahlkampf, der nur auf asozialen Handlungen und Korruption aufgebaut wird, an dem alle Parteien beteiligt sind, indem sie sich gegenseitig ihre Schandtaten vorwerfen, abschrecken, müßte ihn veranlassen, sich in die Kampffront einzureihen, um das asoziale System mit seinen asozialen Handlangern zu beseitigen und den Kommunismus aufzubauen.

Mehr Schaf als Schafe.

Von Octave Mirbeau.

Es kommt mir sehr seltsam vor, daß heutzutage, nach den unzähligen Erfahrungen, noch ein Wähler, ein einziger Wähler existieren kann, ein so unberechenbares, unorganisches, verblendetes Tier . . . Ist dieses überraschende Phänomen — wenn man nur einen Moment darüber nachdenkt — nicht danach angetan, um die scharfsinnigsten Philosophien zu zerstören und alle Raison zu beschämen? Wo ist der Dichter, welcher uns die Physiologie des modernen Wählers gibt? Und der Mediziner, welcher uns die Anatomie und den Geisteszustand dieses Unheilbaren aufdeckt?

Ich begreife, daß ein Hochstapler noch immer Dumme findet, ich begreife, daß die Zensur noch ihre Verteidiger findet, ich begreife, daß historische Dramen geschrieben werden. — Aber daß ein Abgeordneter einen einzigen Wähler findet, will sagen: ein so unglaubliches Wesen, einen so unwahrscheinlichen Märtyrer, welcher ihn von seinem Brot ernährt, von seiner Wolle kleidet, von seinem Fleisch mästet, mit seinem Geld bereichert, mit der einzigen Perspektive, zum Dank mit höflichen Fußtritten bedacht zu werden — wahrhaftig, das überschreitet die pessimistischesten Begriffe, die ich mir bisher über die menschliche Dummheit gemacht habe!

Wohlverstanden, ich spreche hier vom aufrichtigen, überzeugten Wähler, vom theoretischen Wähler, von dem armen Teufel, welcher sich einbildet, die Tat des „freien Bürgers" zu vollbringen, seine Souveränität zu demonstrieren, seiner Meinung Ausdruck zu geben, politische Programme und soziale Forderungen — o bewunderungswürdige und betrübende Narrheit! — durchzusetzen. — Nicht vom Wähler, der sich in diesen Sachen „auskennt" und darüber mokiert. Die Souveränität dieses „Wissenden" besteht darin, zu wohlgefüllten Taschen zu kommen. Der ist hier in seinem wahren Element, für dieses eine Moment interessiert er sich aus Geschäftsinteresse, das Uebrige ist ihm gleichgültig. Er weiß, was er will. Aber die anderen?

Ach ja, die anderen! Jene, welche zu einer Art Trunkenheit kommen, wenn sie sich ansehen und sagen: „Ich bin Wähler. Nichts geschieht ohne mich. Ich bin die Grundlage der modernen Gesellschaft." — Wieso existieren noch Arbeiter von solcher Beschaffenheit? So eingenommen, so sicher, so paradox sind sie, wie kommt es, daß sie nicht entmutigt werden, nicht beschämt vor ihrem Werke stehen? Wie kann es kommen, daß noch irgendein guter Kerl, meinetwegen aus dem verstecktesten Gebirgsnest, so stupid, so unverständlich, so blind und taub gegenüber den Tatsachen ist, um noch zum Parlament zu wählen, ohne bestochen, ohne betrunken gemacht worden zu sein?

Welchem wunderlichen Gefühl, welcher mysteriösen Suggestion muß dieser denkende Zweifüßler gehorchen, der von einem starken Willen getrieben ist, von dem man etwas verlangt und der es tut, stolz auf sein Recht, überzeugt, daß er eine Pflicht erfüllt, wenn er in eine Wahlurne einen Zettel legt . . .

Was muß er sich wohl innerlich sagen, wenn er sich diese außergewöhnliche Handlung rechtfertigt oder wenigstens klar macht? Was erhofft er? Denn schließlich, um einzuwilligen, daß er sich einigen geschwätzigen oder habgierigen Herren ausliefert, die ihn benützen und belügen, muß er sich doch irgend etwas sagen, irgen etwas erhoffen, was wir nicht vermuten. Er muß irgendwelchen Verirrungen erliegen, der Gedanke,, unser Abgeordneter" muß irgendwelche Ideen von Wissen, Gerechtigkeit, Aufopferung, von Arbeit und Redlichkeit auslösen. Es muß wohl schon in den Namen von Thälmann oder Wels oder wie sie heißen, ein spezieller Zauber liegen. Eine Fata morgana muß wohl in diesen Namen liegen, Verheißungen künftigen Glücks und baldiger Heilung. Und das ist wirklich erschreckend. Nichts dient da zur Lehre: weder die burlesken Komödien noch die finsteren Tragödien des Parlamentarismus.

Auch die Schafe gehen ins Schlachthaus, aber sie wählen wenigstens nicht den Schlächter, der sie töten, den Bourgeois, der sie verzehren wird. Sie sagen nichts, sie hoffen nichts. Mehr Schaf als die Schafe, ernennt der Wähler seinen Schlächter und wählt seinen „Führer". Für dieses Recht hat er Revolution gemacht?

„Der anonyme Krieg"

„Das Neue Volk", Würzburg:

Der Kriegsroman der Kriegsindustriellen, der Drahtzieher. Ein Buch, das schonungslos die Vorhänge herunterreißt, die die wahren Dinge des Krieges verhüllen sollen. Mit österreichischem Geist und Feuer geschrieben, funkelnd und sprühend, — aber aus dem Funkeln und Sprühen schlägt eine heiße Flamme uns entgegen: Krieg dem Kriege, dem im Wesen mörderischen und feigen Abschlachten von Menschenleibern und Menschenseelen! Das Buch hat nicht nur, wie so viele andere, Einzelbilder, — es hat weltgeschichtliche Perspektiven.

Geht wählen!

In der Demokratie ist alles käuflich, auch die Pa[r]lamente.
Gustav Schmoll[er]

Die eigentlichen Drahtzieher stehen immer, unsi[cht]bar dem Volke, hinter den Kulissen des parteipo[liti]schen Vertretungstheaters.
A. Dietl („Deutscher Eisenbahner")

Das allgemeine Wahlrecht ist die Gegenrevolution.
Pierre Joseph Proudhon („Revolutionäre Gedanken")

Die konstituierende Versammlung — d. h. die Diktatur der Bourgeoisie.
Wladimir Iljitsch-Uljanow-Lenin.
(„Bericht an den Kongreß der III. Internationale M[ärz] 1921. § 21.)

Alle Kämpfe um eine gesteigerte Lebenshaltung können vom Proletariat erfolgreich nur außerparlamentarisch geführt werden.
Pierre Ramus

Die Nationalversammlung bedeutet die Verewigung der ökonomischen und damit aller Sklaverei.
Hans Loos

Das parlamentarische Regime hat lediglich de[n] Zweck, dem System der Lüge und der sozialen Un[ge]rechtfertigkeiten den Schein des legalen Rechts zu ve[r]leihen, den Sklaven zu veranlassen, seiner eigen[en] Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken.
Rudolf Rocker

Wenn das alles, was euch Männer aller Richtungen und Parteien in diesen Zitaten sagen, nicht hinreicht, um euch zu überzeugen, daß die Schlagworte, in deren Zeichen ihr jahrzehntelang marschiert seid, für die ihr gekämpft und gestrebt, gedarbt und gelitten habt, nichts anderes sind, als erbärmlicher Betrug und jämmerlicher Schwindel, wenn ihr auch weiterhin Opfer der heimtückischen Lügen der diätenlüsternen Parteibonzen bleiben wollt, dann versklavt euch am Jauchekübel der Wahlurne, dann leckt der Demokratie die dreckigen Schweißfüße, dann stimmt, dann votiert, dann gebt eure Zettel ab! Laßt euch begaunern und irreführen, stimmt für die Schmarotzer, stimmt für die Blutegel an eurem geschwächten Körper, folgt den Parolen der Politiker, wählt die Peitschen, mit denen ihr nachher den Buckel blutig gedroschen bekommt — geht wählen!

Jede gültige Stimme zu parlamentarischen Wahlen bedeutet ein Bekenntnis zum kapitalistischen Staat! Jede proletarische Stimmenthaltung ist ein Bekenntnis zur Diktatur der Arbeiterklasse!

„Waschechte Marxisten".

In der Nummer 26 des „Syndikalist", Organ der Faud. hat ein Breslauer Anhänger des Syndikalismus den traurigen Mut besessen, unter der Ueberschrift „Waschechte Marxisten" eine Entgegnung auf unseren Artikel „Und das nennt sich Massenkampf" (Prol. Rev. Nr. 11), der sich mit der I. G. der Fliesenleger und insbesondere mit den syndikalistischen Fliesenlegern kurz beschäftigte, zu bringen. Wir veröffentlichten einen Aufruf der syndikalistischen Föderation der Bauberufe (den wir dem „Syndikalist" entnommen hatten) um öffentlich festzuhalten, daß die syndikalistischen Fliesenleger in Rheinland-Westfalen in einer sogenannten Interessengemeinschaft mit den sonst so verpönten Zentralgewerkschaften, dem Deutschen Baugewerksbund und der christlichen Baugewerkschaft im trauten Verein zusammen sitzen. Bis zum Erscheinen der Nr. 26 des „Syndikalist" hatten wir immer noch angenommen, daß die Zusammenarbeit von Syndikalisten mit ihren schärfsten Gegnern nur der Entgleisung einer einzelnen Berufsgruppe der Faud. zuzuschreiben ist und erwarteten wir ein Abrücken der Faud. bezw. ihrer Geschäftskommission von dieser äußerst reformistischen Haltung der Fliesenleger. Der eingangs erwähnte Artikel bestätigt uns jedoch mit aller Deutlichkeit, daß diese Taktik Allgemeingut der Syndikalisten zu sein scheint, was uns veranlaßt, an dieser Stelle kurz dem „Syndikalist" zu antworten.

Der „Syndikalist" schreibt u. a.: „Wenn die syndikalistischen Fliesenleger es versuchen, eine Einheitsfront der Ausgebeuteten zu bilden, so kann man das nur mit Freuden begrüßen, den geeinten Kapitalisten haben wir die geeinte Front der Proletarier entgegenzustellen, und diese Einheit wird geschaffen werden müssen!

Unser Beginnen bedeutet Aufklärungsarbeit in den verschiedenen proletarischen Organisationen, um die so oft von der AAU. im Munde geführte proletarische Revolution vorzubereiten. Es wird sich durchaus notwendig machen, daß noch mancher Berg, der uns zu diesem Ziele im Wege liegt, abgetragen wird."

Wir Unionisten müssen hierzu mit aller Schärfe erklären, daß das Erstreben einer Einheitsfront mit den „Freien Gewerkschaften" und den „Christen" für uns allerdings nicht das ist, was man bis dato in den Kreisen der antiautoritär-antiparlamentarisch eingestellten Arbeiterbewegung unter dem Begriff „Einheitsfront des Proletariats als Klasse" verstanden hat. Eine solche „Einheitsfront" wie sie also der „Syndikalist" in den Nummern 18 und 26 propagiert, ist des Zertrümmerns wert, denn eine Einheitsfront mit den Klassenfeinden des Proletariats ist Verrat an den proletarischen Klasseninteressen.

Jederzeit würden wir es begrüßen, wenn über alle weltanschaulichen Trennungspunkte (Marxismus und Anarchismus) hinweg eine Einigung der linken antiparlamentarischen Arbeiterbewegung (unter Ausschaltung jeglichen Berufsführertums) erfolgen könnte, um so die Einheitsfront des klassenbewußten Proletariats zu schaffen. An der Schaffung dieser Einheitsfront arbeiten wir und werden hoffentlich so manchen Berg der im Wege steht abtragen können.

Aus Kämpfen — Betrieben und Bezirken.

Was der Draht meldet.

Arbeiter! Unter dem 11. August meldet der Draht: In Pinneberg ist die Einwohnerschaft in den Steuerstreik getreten gegen die Stadtverwaltung und hat sich geweigert, eine Tariferhöhung für Gas und Elektrizität zu zahlen. Die Stadtverwaltung hat daraufhin **Gas und Elektrizität für die Bevölkerung gesperrt!**

Arbeiter, wenn ihr streiken wollt, dann sagen eure Bonzen: das geht nicht, das sind lebenswichtige Betriebe und stellen Streikbrechergarden als sogenannte Notstandsarbeiter. Hier wo die Interessen der besitzenden Klasse in Frage stehen, da sind es keine lebenswichtige Betriebe, da wird abgestellt, ob Mann und Maus verreckt! Da ist es egal, denn die Gesellschaft muß mürbe gemacht werden. Merkt euch das Beispiel, wenn ihr wieder mal einen mürbe zu machen habt.

Dieser Vorgang zeigt die Rücksichtslosigkeit der Bürger, gleichzeitig ist es aber auch eine Schande, daß so etwas geschehen kann, **denn Arbeiter sind es, die euch Gas und Elektrizität entziehen.** Arbeiter stellen ab und lassen an. Und da jubelt die KPD.-Presse von mustergültigem Streik. Mustergültig wäre es gewesen, wenn niemand etwas bezahlt hätte und das Gas und Elektrizität weiter geliefert worden wäre, und wenn es von anderen Seiten abgestellt worden wäre, die Gas- und Elektrizitätsarbeiter wieder hin wären, und die Sache wieder angekurbelt hätten. Das wäre Solidarität und Kampfunterstützung gewesen. Aber so? Merkt euch die Rigorosität der Bourgeoisie!

Freiburg:

Abrechnung mit dem ganzen Pack.

Am 8. August 1930 rief die Nazi-Partei zu einer Massenversammlung in die Freiburger Festhalle. Vor etwa 3000 Menschen sprach der bekannte Gauleiter von Baden, Wagner, über „Bankerott des Parlamentarismus" und Hitlers Aufstieg. Das eine muß man den Nazis lassen, sie entkleiden die „Republik" bis aufs Hemd. Uns Revolutionären bleibt in dieser Hinsicht wenig mehr zu tun. Aber als dieser nationale Kandidat begann, Thüringen als Paradies zu preisen, da bewies ihm starke Opposition, daß Lügen kurze Beine haben. Und so sind die armen Juden an allem schuld, wohl auch am Bergwerksunglück und der italienischen Erdbebenkatastrophe? Wohl jeder weiß ja, was man als Hüter „nationaler Belange" — als Kämpfer fürs dritte Reich — herunterleiert, das ganze Programm ist für den Mittelstand zugeschnitten, jenen Teil des Volkes, der nun auch etwas bluten muß, während das Proletariat seit Jahrtausenden blutet! Dieser Mittelstand spürt nun die Rationalisierung an allen Ecken, die andauernd sinkende Kaufkraft der breiten Masse beunruhigt diese Krämerseelen, auch sie werden jetzt von der kapitalistischen Walze zermalmt — proletarisiert. Da sie aber nicht erkennen, daß sie das Opfer der Entwicklung der kapitalistischen Trusts und Konzerne werden, so leihen sie ihre Ohren willig den Hetzreden und Phrasen der Nazipartei — sie wollen nun alle nicht Proletarier sein, sondern „Mittelstands-Bürger". Dasselbe gilt auch für den Bauernstand, auch er muß bluten, die Bauern werden mit Brutalität besteuert und unterdrückt, aber trotz alledem wollen sie für sich den aussichtslosen Kampf aufnehmen — ohne das Proletariat. Diese tiefeingewurzelte Unkenntnis und Kurzsichtigkeit gegenüber der ganze Bevölkerungsschichten zermalmenden kapitalistischen Entwicklungstendenz ist es auch, die diese Buffersicherheit zwischen Proletariat und besitzende Klasse (Mussolini-Politik) befürwortet, denn sie glaubt, daß ein starker Mann, ein nationaler Diktator, in der Lage wäre, den oberen Besitz zu ihren Gunsten schärfer heranzuziehen, andererseits sind sie sehr empfänglich für die Nazi-Parolen: „Die Juden sind an allem Elend schuld".

Nachdem der Redner seinen Mist an den Mann gebracht hatte, meldete sich ein Reichsbannermann, da die Größen fern blieben und pries die Republik und verstieg sich zu der Behauptung, die SPD. bekämpfe die Reaktion international, was natürlich große Heiterkeit auslöste. Wählt Liste 1, war sein Schlußeffekt. Nach ihm erkletterte der KPD.-Mann Hilbig das Podium, bezeichnete die Nazis als Arbeitermörder, Faschistenbrut und beleuchtete das „Frickparadies". Die allgemeinen Lobhudeleien auf Rußland folgten, sodaß ihn die Faschisten herunterholten. Als letzter Diskussionsredner sprach Gen. Frey, der mit Donnerstimme in den Saal rief: „Nun wollt ihr mich auch gleich herunterholen?" Diese kräftige Anrede wirkte und es wurde mäuschenstill. Er erklärte, daß kein einziger Redner des Abends der Erwerbslosen gedachte, anscheinend hat man nicht nötig, ihr Elend zu erwähnen, und doch sind diese Millionen einschließlich ihrer Angehörigen eine ganze Bevölkerungsschicht von etwa 10 Millionen! Mit kernigen klaren Worten zeigte er all das Elend, all die grausame Not, den Massenselbstmord ganzer Familien, geißelte unbarmherzig die Zustände unserer freiesten Republik, die Folgen der Rationalisierung, riß der SPD. die Maske vom Gesicht, entkleidete die Pfaffenpartei, um kurz den Unsinn des nationalsozialistischen Programms zu zeigen und auch den Staatskapitalismus als das zu kennzeichnen, was er in Wirklichkeit ist — roter Faschismus! Mit einfachen Worten zeigte er das Wesen des Staates auf, gleich welcher Form, überall herrscht eine Schmarotzerklasse über die Millionenmasse der Arbeiter, überall triumphiert Gewalt und Terror, hungert das Proletariat! Durch alle Staaten zieht sich die Blutbilanz der Gewalthaber, überall richtet sich die Wut der kapitalistischen Meute und ihrer erbärmlichen Lakaien gegen die Vorhut des revolutionären Proletariats, die Pioniere der proletarischen Revolution — denn diese sind es, die Bresche schlagen in die kapitalistische Mauer. Faschismus heißt: zurück in mittelalterliche Barbarei. Der Staat als solcher überhaupt bedeutet den Inbegriff von Lüge, Gewalt und Zwang, denn immer ist er der Vollstrecker seiner jeweiligen Machthaber. Wer den Staat bejaht, stützt den Kapitalismus; wer die Parteien wählt, bejaht den Staat; denn jede Partei strebt nach der Macht, nach der Herrschaft, um als Monopolbesitzer von Gewalt über Leben und Tod der Unterdrückten zu regieren. Nachdem er so den Staatsbegriff klargelegt hatte, rief er in den Saal:

„Arbeiter erwacht —
Erkennt Eure Macht
An Eurem Willen, seid Ihr Rebellen, —
wird der Tyrannen Macht zerschellen;
Im Herzen Empörer-Gesinnung
In den Köpfen freier Geist —
der das Ziel umkreist,
die Gewinnung —
aller Unterdrückten dieser Welt
zum Sturm auf die kapitalistische Festung
bis sie fällt —
„Es lebe die revolutionäre Tat,
Es lebe die direkte Aktion,
Nieder mit Parteien und Staat!
Es lebe die proletarische Revolution!"

Und als er den Faschisten offen ins Gesicht sagte, daß er jederzeit mit Gewalt gegen sie kämpfen werde, da durchbrauste ungeheurer Beifall den Saal und es zeigte sich, daß auch in Oberbaden der Tag anbricht, wo die revolutionäre Bewegung Fortschritte macht. Darum Revolutionäre in unsere Front!

Freiburg i. Brg.

Am 20. September findet eine Gedenkfeier für die beiden gemordeten Revolutionäre **Sacco und Vanzetti** im Lokal Kaffee Haßler, Wenzingerstraße 4, abends 8 Uhr statt, wozu alle Leser der „Proletarischen Revolution" mit Angehörigen eingeladen sind. Sorgt für einen guten Besuch, ehrt die Toten!

Frankfurt:

Eine Niederlage des roten Faschismus.

„Notstandsarbeiter und Erwerbslose in gemeinsamer Front" betitelte sich ein Artikel in der „Arbeiterzeitung" vom 18. August 1930 im Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M., indem zu der Angelegenheit der am 16. August stattgefundenen Versammlung Stellung genommen wird. In der Einleitung des Artikels wird festgestellt: „der ganze Verlauf, der nur durch die üblichen Störungs- und Sprengungsversuche der anarchosyndikalistischen Unionsleute für kurze Zeit gestört wurde, war gekennzeichnet durch die verbissene Empörung der Notstandsarbeiter und aktive Solidaritätsbereitschaft der Erwerbslosen".

Nun, wer die „Arbeiterzeitung" liest, könnte glauben, daß alle Notstandsarbeiter und alle Erwerbslosen anwesend waren. Was ist aber Tatsache? Tatsache ist, daß von den 50 000 Erwerbslosen in Frankfurt/M. und den 1800 Notstandsarbeitern im höchsten Falle 500 anwesend waren, die den KPD.-Krampf noch nicht durchschaut haben, **daß sie nur als Stimmvieh benutzt werden sollten.** Da man für die rollenden Rubel Erfolge nach Moskau melden muß, so versuchte man die Armen der Aermsten in einen Kampf zu lotsen, der einen blamablen Ausgang hätte nehmen müssen. Dieser Verantwortungslosigkeit trat natürlich ein Unionsgenosse gegenüber. An Hand seiner Ausführungen zeigte er, daß der Kapitalismus international absackt, daß die Arbeiterschaft international hungert und darbt, daß

Proletarier!

Wer die Bourgeoisie bekämpfen, wer den Klassenkampf steigern, wer die Einheitsfront des Proletariats will, der darf nicht nur ab und zu die „Proletarische Revolution" lesen, sondern muß sie durch Einsendung des Bestellscheins fest bestellen. Nur so, Proletarier, sind wir in der Lage, den gestellten Ansprüchen gerecht zu werden.

Proletarier, ihr gebt mit dem Stimmzettel eure proletarische Ehre ab! Arbeiter, ihr züchtet mit der Wahl eurer Führer in die Parlamente politische Schieber und Arbeiterzertreter!

sie international in die Barbarei getrieben werden soll. Je ärger wüten dies der Kapitalismus machen kann, desto die Handlungsweise der Parteien und Gewerkschaften auf und konnte selbstverständlich auch die KPD. nicht verschonen, deren Redner vorher in seinen Ausführungen erst erzählt hatte, wie Minister Braun von der SPD. und Kommerien in Städten wo sie Beamte abstatten, fressen und saufen, daß ein Mittagessen z. B. 6 Mark kostete, während der Erwerbslose Probst im Durchschnitt nur 15–18 Mark wöchentlich erhalte. Selbstverständlich mußte hier der Unionsgenosse ankämpfen und an Hand von Tatsachen beweisen, daß die KPD.Bonzokratie kein Deut besser sei, was an den Freßorgien die der Herr russische Botschafter in Berlin abhielte, sich deutlich zeige. Erst die reformistische Politik und ihre Lakaienverräterische Handlungsweise aufreigend, schlug diese revolutionäre Lähmung im Fall den Boden aus. Alle Felle fortschwimmend schend, nicht in der Lage, die Ausführungen zu widerlegen, mußte man versuchen dieses „Gift", das eine Art und Weise abzureagieren. Also mit der Sprache der war man nicht in der Lage und so provozierte man Stadtverordneter Lang, der noch lange in der SPD. weilte, während die meisten Unionsgenossen schon unter der Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs im Spartakusbund kämpften, glaubte die Sache zu retten, wenn er sagte: Diese Kerle sind Spitzel, sie sagten, sie wollen mich ermorden mit Dolch und Revolver und wenn es in der Wohnung sei. Die Worte Lügners, Schwindler die ihm mit Verachtung entgegenfliegen wurden, waren das Zeichen für die Provokateure, den Rollkommando, sich von der Ecke, in der sie während der Versammlung Karten spielten, zu erheben und über die Unions-Genossen herzufallen. Selbstverständlich sind die Unionsgenossen nicht von Pappe, und wo eine her kommt, da kommt auch wieder eine hin. Und so kommen die Provokateure, die auf die Provozierung dieses Bonzen hineinfielen und ihre Hand erhoben, mit Stühlen schlagen wollten, sich bei Lang für ihren Denkzettel den sie für ihr Kumpanen Ungeheim erhalten, bedankten. Auf das Tiefste bedauern wir es, uns gegen Proletarier zur Wehr setzen zu müssen, wir hoffen aber, daß die Betroffenen gehörig sind und sich nicht mehr von solchen provozierenden Redensarten eines Bonzen, der nur Kapital aus ihrem Elend schlägt, verleiten lassen.

Zu den sinnlosen Ausführungen in der „Arbeiterzeitung" von wegen Arbeitsdienstpflicht und SPD.-Tendenz wäre es ja fast überflüssig auch nur noch ein Wort zu verlieren, wenn nicht die große Masse der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter in der Versammlung gefehlt hätten. Wenn wir uns auf der Linie des Antiparlamentarismus mit diesem Schwindel treffen, so deshalb, weil dieser Machtmensch erkannt hat, daß er nicht durch das Parlament, sondern nur durch außerparlamentarische Aktionen zum Ziele gelangen kann. Und das wissen auch wir, daß die Arbeiter nicht durch den parlamentarischen Quatsch und Schwindel zur Freiheit kommen, darum unser Kampf gegen den Parlamentarismus, für die revolutionäre Räteform. Wäre das Gerede unseres Genossen hohle Phrase gewesen, so hätte bestimmt nicht die Versammlung drei Viertel Stunden marschemdell den Genossen zugehört und seine Werbetrommel gerührt, als man ihm von Seiten des Praesidiums hindern wollte. Mit Recht machte er die Versammlung aufmerksam, mit welchen Mitteln sie ihren Kampf führen wollten. Er zeigte ihnen an Hand der Tatsachen, daß er verbieten ist, weil sie von Gewerkschaftsseite aus keine Unterstützung erhalten, und auch keine vom Wohlfahrtsamt, wenn sie streiken. Mit Recht betonte er, wenn ihr Kampfen wollt, muß ihr die geschlossene Front mit den Proleten in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweis herstellen, denn nur indem die Arbeiter die Betriebe verlassen und mit der Lebenswichtigen) und keine Notstandsarbeit leisten, und sich keine vom Arbeitsamt für Streikbruch zur Verfügung stellen, könnt ihr einen Kampf führen. Wenn er auf die Tatsache hinwies, daß heute kein Kampf mehr mit Geld geführt werden kann, so ist diese Behauptung nur zu richtig, was sich uns in Mansfeld und Nordwest gerade in den letzten Wochen zeigte. Tausende sind in Nordwest auf der Strecke geblieben. Vier Wochen erhalten sie keine Unterstützung, Schulden sind diese Proleten dem Elend preisgegeben. Die IAH. war nicht in der Lage allen ein Mittagessen zu geben, weil sie bebauptete, alles nach Mansfeld schicken zu müssen. So sind diese Proleten deprimiert, denn sie haben erkannt, daß sie überall im Stich gelassen wurden, trotzdem in allen Ländern zur Unterstützung von Nordwest aufgefordert und auch gesammelt wurde. Man erklärte ihnen: wir können nicht alles geben, ihr müßt selbst Sammelisten nehmen und hausieren gehen. Daß diese Methoden dazu angetan sind, die Arbeiter ins faschistische Lager zu treiben, ist uns allen bekannt. Darum unsere Frage an die Proleten: Wie wollt ihr kämpfen? Und wir zeigten ihnen deutlich den Weg und so ist es Freiheit oder Dummheit, wenn unsere Ausführungen als Phrase bezeichnet. Wie die Phrasen wirkten, das zeigte sich sofort an der Versammlung, als der große Teil sie verließ und sich über die Gemeinheiten der Bonzen aufregte. Die „Arbeiterzeitung" schafft die Tatsache durch ihre rüpelhafte Schreibweise nicht aus der Welt, daß diese Versammlung eine schwere Niederlage für die KPD.-Bonzen war, von denen sich die denkenden Arbeiter mit Abscheu abwenden.

Den anderen KPD.Genossen rufen wir aber zu: wir sind jederzeit bereit mit euch sachlich über die Probleme die die Arbeiterschaft bedrücken, zu diskutieren, um euch die Augen zu öffnen, welch schändliches Spiel mit euch getrieben wird.

WER BETRÜGT DIE MASSEN?

Die neue Werbebroschüre! Gegen die Parteien! Gegen die Gewerkschaften! Gegen den Parlamentarismus!
Jeder muß sie lesen und verbreiten!
Verkaufspreis 10 Pfg. Die Ortsgruppen erhalten 100 Stück für 5.– Mk., 1000 Stück für 45.– Mk. Bestellt

Berlin:

Mehr Sachlichkeit, Genossen!

Die Nummer 34 Jahrgang II des Kampfrufes", das Organ der AAU., bringt Aufrufe zur Einigung der linksgerichteten Organisationen. Einmal handelt es sich um einen Aufruf an alle Unionen der Bezirke Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum einheitlichen Zusammenschluß. Der Vorschlag geht aus von den Ortsgruppen Halle, Weißenfels, Naumburg und Rhönbergmaterial der AAU.

Außerdem handelt es sich um den Aufruf der Ortsgruppen Frankfurt a. M. der AAU. und der AAUE. Dieser Aufruf ist auch in Nr. 16, Jahrgang 5 unserer Zeitung „Die Proletarische Revolution" erschienen. Wenn wollen wir in diesem Artikel nun nicht Stellung nehmen zu dem Inhalt und der Art dieser Einigungsaufforderung, sondern wir wollen nur beleuchten, wie man von einer Seite aus dazu Stellung nimmt.

Die Redaktion des „Kampfruf" gibt den Einigungsaufrufen ein Vorwort („Um die Einigung der linken Revolutionäre"), das uns ersehen läßt, als wenn man eine **Beerdigung vorbereiten möchte.** Erst spricht man sehr sachlich eine Kritik aus, daß die Unterzeichner des Aufrufes folgehen, wenn sie ihren Aufruf auch an Organisationen gehen lassen, welche auf Grund ihrer Theorie und Praxis wohl nicht mit anderen aufgerufenen Organisationen vereinigt werden können. Doch dann kommt es anders. Anstatt sich nun mit dem Entwurf eines „Programms der revolutionären Klassenorganisation" der Ortsgruppen Frankfurt a. M. zu beschäftigen, bringt man den Bewes, daß die Genossen der AAUE. keine mit ihnen zu vereinende Elemente sind.

Dies macht man folgendermaßen, indem man schreibt: „Die AAUE. wollte Proletarier der verschiedenen Richtungen in einen Rahmen erfassen und ist dadurch zum Tummelplatz syndikalistischer-anarchistischer oder Spießer geworden. Die AAUE. konnte ihren jetzt offensichtlichen politischen Zusammenbruch nicht durch die breiteste Organisationsbasis entgehen, weil eben diese Konzessionen an den Anarchismus zwangsläufig die ideologische Verwirrung herbeigeführt haben. Der Jagdsubmissionig Geist, der heute in der AAUE. zügellos sich austoben kann, personifiziert nur das Schicksal einer Organisation, die durch opportunistische Einigungsexperimente unvereinbarlich im Sumpf eines kleinbürgerlichen Radikalismus landen muß."

„Es war doch gerade die „Zusammenfassung", die auf solch verhängnisvolle „einfache" Weise das revolutionäre Problem lösen wollte und daher elend Schiffbruch in politischer Zersetzung erlitten hat"

Der zweite Schritt der Einigung besteht gerade darin, den bankrotten Einheitsdemagogen der AAUE. das Handwerk zu legen.

Dies ist der Ton wie man von Seiten der Redaktion des „Kampfruf" ernsthaft zu einem Programmentwurf Stellung nimmt. **Diese Stellungnahme richtet die Personen, die so etwas schreiben.** Wir haben es nicht nötig in derselben Bahn zu verfallen, aber wir wollen die Genossen auf die **richtige Bahn** weisen, wie man unter Proletarier diskutiert und Diskussionen anstrigt und stellen darum folgende Fragen.

Wir stellen sich die Genossen der AAU. zu folgenden Schriftsätzen im Programmentwurf.

1. Die revolutionäre Betriebsorganisation (B.O.) ist bei Wirtschaftskämpfen und Arbeitslosenaktionen Solidarität und versucht mit allen Mitteln, die Illusionen der reformistischen Forderungen zu zerstören und solche Bewegungen vorwärtstreiben und auszunutzen für die proletarische Räteidiktatur.

2. Die revolutionäre Betriebsorganisation ist das föderalistische Gebilde der Klassenorganisation. Alle Mitglieder sind selbständig, niemand außerhalb des Betriebes hat sich in ihre Angelegenheiten einzumischen, da der Betriebsorganisation und die Mitglieder autonom, kann Bonze, kein Berufsführer, kein Intellektueller kann in ihre Angelegenheiten hineinsprechen. Aus sich selbst heraus bauen sich die Betriebsorganisationen auf und erledigen mit eigenen Kräften und eigenen Mitteln ihre Aufgaben. Das ist die größte föderalistische Selbständigkeit, die größte Autonomie die es gibt. Die B.O. ist weder Partei noch Gewerkschaft, sondern Klassenorganisation. Sie trägt keine Arbeitsgemeinschaft, sie schafft keine Unterstützungskassen, sie schließt keine Tarifverträge ab, sie ist lediglich nur eine Stelle der Vorbereitung und Schürung der Revolution.

3. Alle Funktionen sind ehrenamtlich auszuführen. Vergütungen werden nur gegeben bei Lohnausfall, Fahr- und Referentenspesen oder Delegiertenspesen, sowie bei tatsächlichen Materialausgaben.

Wir ersehen die Redaktion des „Kampfruf" und auch die Mitgliedschaft der AAU. entweder im „Kampfruf" oder **an die aufrufende Stelle in Frankfurt Antwort zu geben.**

Des weiteren wollen wir uns auch mit dem Artikel der „Charlottenburger Genossen beschäftigen. Im Blick in das Getriebe der Einheitsorganisation", so ist ein alles zu sagender scheidendes Beginnen, wenn man bei einem Meinungsaustausch nicht absolut als Sieger hervorgeht, dann die Organisation meidet, nun aber auch alles Mögliche und Unlautere versucht, um **sich selbst durch die Verdunkelung der Anderen leuchten zu lassen.** Auch in diesem Artikel werden dieselben Behauptungen aufgestellt, wie im Vorhergesagten die Redaktion des „Kampfruf" über die Einigung geschrieben hat. **Wer hat vom anderen abgeschrieben?** Jedenfalls tritt man die Beweise über die Behauptungen **nicht an,** sondern flüchtet von der Schlechtigkeit einer Organisation, wenn man auf Machenschaften von Leuten wie Pfeiffer hinweist. Da ist eine Stärke, daß **Elemente überwunden wurden.** Daß man will den Druck des Buches „Lyz. Int." als eine Sache hinstellen, welche die Pressekommission im Lichte einer **selbstherrlichen Handlung zeigt,** und die eine anarchistische und pazifistische Einstellung der AAUE. beweist. Nun, welche die Pressekommission im Lichte einer **selbstherrlichen Handlung zeigt,** und die eine anarchistische und pazifistische Einstellung der AAUE. beweist. Nun, **hat das Mauskript vom April bis Oktober den Ortsgruppen zur Diskussion überwiesen, hat zu Verbesserungen aufgefordert und letzten Endes ist dieses Werk** bis eine Diskussions- und Verbesserungsstadie an die Öffentlichkeit gegangen. Wenn man schreibt, daß ein Spiegelbild dieser nun verdammten Organisation unsere Zeitung „Die proletarische Revolution" ist, die alle

Tendenzen erkennen läßt, zu sagen, wie **diejenigen,** welche die Zeitung „Kampfruf" lesen, die Genossen in „Kampfruf" seien, daß diese Zeitung und Schriften sich selbst widersprechen, daß sie die Nichtigkeit der Anklagen **beweisen.**

Wenn nun heute die Charlottenburger Genossen von uns scheiden, so sehen wir darin eine Stärke, daß diese schwierige politisch-wirtschaftliche Lage nicht vermocht hat, bei den Diskussionen, die Kräfte **die verderbende Unsicherheit** hat. Dieser Zwiespalt muß die Resultat sein, daß es nicht unerwahrt bleiben wird, daß die Einigung, nämlich die Theorie und Praxis, die Klassenorganisation, die Arbeiterräte, die Proletarischen Frankfurter AAU- und AAUE. nicht veröffentlicht hat. Wir müssen, zum Abbruch bringt, die Genossen die Haltlosigkeit der Jedenfalls wir müssen im Fahrwasser scher Tendenzen widerlegt. Diese Genossen darauf hingewiesen, daß die Einigung überhaupt nichts mit der Passivgruppe, sondern eine Angelegenheit der Frankgruppe ist. Wir aber empfehlen diesen Genossen, auch diese Broschüre genau durchzuarbeiten, sie werden feststellen können, daß die Einigung hinaussuchen. Die Red.

Berlin eröffnet die Anti-Wahl-Akti...

Im gegenwärtigen Wahlkampf hat die Union der Hauptbetätigungsfeld auf dem Betriebspropaganda gelegt. Am Sonntag, den hat haben verteilt der Betriebsrat begonnen und hat insbesondere die Anti-Wahlpropaganda reagiert. Die Zeitung wurde bearbeiteten namlich zu gleicher Zeit in den Wohnungen und stellen dabei auch Agitationstrupps. Als auf einem Betrieb der straße unser Redner gerade gesprochen hatte, weile schon ein Dutzend KPDisten da und den. Einer rief: Arbeiter, kauft die Zeitung der KPD! Wählt Liste 4! Und im Nu waren Helden hinter uns auf den Treppenabsätzen, zu zweit und zu dritt bei uns ihre Gesinnung zu betrieben. Der dickste Schwindel wurde uns in unserer Anwesenheit erzählt, daß in einer ganz neue Partei, die wurde eben erst gegründet hat sich von der KPD. abgespaltet, sämtlich wurden diese Marchen von unseren Ohren sofort richtiggestellt unter dem jämmerlichen der KPDisten. Die Proletarier verlangten nach Zeitung, obwohl ihnen gesagt wurde, daß konterrevolutionäres Gesindel usw. ihn lese, war der Trupp der KPDisten auf gut zwei Dutzend angewachsen. Nach der äußerst sachlichen Ansprache unserer Genossen an die Hauptbesatzung der KPD-Redner an zu krakelen gegen uns zu, meistens Art und Weise —, mit dem einzigen Resultat, daß die Proleten verstärkt unsere Zeitung kauften und über das Geschimpfe der KPDisten sehr zu amüsieren.

Eins haben wir feststellen können: Die Proleten haben mit Interesse den Ausführungen unserer Genossen gelauscht und ist uns um den Erfolg an ihnen sehr bange.

Das Heer der Nichtwähler aus Erkenntnis wird mull warhsen und wird sich formieren zur revolutionären Klassenaktion in den Betrieben!

Trotz des Gezeters aller Dütfeoschieber.

Achtung! An alle Leser und Gruppen.

Wir machen die Einzelbezieher unserer Zeitung darauf aufmerksam, daß wenn Zahlungsbelege nicht beigelegt werden, dies allgemein geschieht wegen Portosparnis. Die Genossen, welche bezahlt haben sind nicht gezwungen, sich deswegen extra an uns zu wenden, da wir es genau so gut wissen als sie. Deshalb bitten wir alle Einzelleser, soweit sie sich noch erklären. Antiwahlpropaganda zu machen, sich an uns zu wenden.

Gruppen teilen wir mit, daß Abrechnungen der geleistete Solidarität usw. in der nächsten Nummer erfolgt sind. Berichte die Führer schon gesandt worden können, nicht auf die letzte Minute zu senden, damit unsere Zusammenstellung über den Haufen werfen.

Mit dem Versand der Zeitung beginnt der Termin der Wahlflugblätter und Plakate. Wünsche und Bestellungen in Flugblätter sofort nach aufgeben. Die letzte Nummer 19 erscheint nochmals als Antiwahlnummer und kommt ein paar Tage früher zu Versand.

Bestellzettel.

Unterzeichneter bestellt hiermit bis auf weiteres

Die „Proletarische Revolution"
Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation)
per Streifband à Exemplare à 1,05 M. – Erscheint alle 14 Tage.

Name: .....

Wohnort: .....

Straße: .....

Bestellzettel in offenem Kuvert als Drucksache an
Willy Schwab, Frankfurt a. M.-Ginnheim, Prächtingstr. 2
einsenden!

Bitte deutlich mit Blockschrift schreiben!

Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Willy Schwab, Verlag: Allg. Arb.-Union (Einheitsorganisation) Ortsgruppe Frankfurt a. M., Druck: Wolfgang, sämtlich in Frankfurt a. M.

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES

(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Nr. 1 — 1. Jahrgang | November 1926 | Preis 10 Pfennig

Programm des Spartakusbundes

Mit Nachstehenden veröffentlichen wir Teile aus dem Referat, das Genosse Franz Pfemfert auf der ersten Reichskonferenz des „Spartakusbundes", politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation am 21. November 1926 zu Göttingen über unser Programm gehalten hat. Der vollständige Text wird demnächst dem Programm erfahren. Beschluß der Konferenz, als Einleitung zu den Richtlinien des neuen Bundes in Broschürenform gedruckt.

Genossinnen und Genossen! Nachdem wir vorgestern und gestern darangearbeitet haben, die letzten organisatorischen Voraussetzungen zu beseitigen, die zwischen den Genossen von der KP (Linken) und denen von der AAUE vorhanden waren, glauben wir uns nun gestern in der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation „Spartakusbund" zusammengeschlossen haben, um gemeinsam dahin zu arbeiten, daß sich der revolutionäre Teil unserer Klassengenossen in eine Front mit uns begibt zum Kampf gegen die Bourgeoisie, nachdem wir einen gemeinsamen unsere Richtlinien festgelegt haben, erteilte ich nun unserer Auftrag, zu unserem Programm zu sprechen.

Unser Programm ist weder seinem Inhalt noch seiner Entwicklung nach ein Parteiprogramm. Es ist von unten aufgebaut, es gibt die Erkenntnisse der Mitglieder des Spartakusbundes wieder. Es ist nicht von Führern ausgeklügelt und den Mitgliedern aufgezwungen worden.

Genossinnen und Genossen! In seinem Referat zur wirtschaftlichen und politischen Weltsituation hat Genosse Katz gezeigt, daß die Krise, in der sich der Weltkapitalismus befindet, die **Todeskrise** des auf Profitwirtschaft aufgebauten Wirtschaftssystems ist. Genosse Katz hat all die Redensarten von „Stabilisierung" und „teilweiser Stabilisierung" als leeres Geflunker enthüllt. Unser Programm zieht die Folgerungen aus der ökonomischen Situation der Bourgeoisie und aus der Situation, in der sich das Weltproletariat und besonders das deutsche Proletariat befindet.

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von **Klassenkämpfen.**" Dieser wie widerlegte und unwiderlegbare Leitsatz, mit dem das „Kommunistische Manifest", die Geburtsurkunde der modernen kommunistischen Arbeiterbewegung beginnt, muß heute eindringlicher denn je der proletarischen Klasse zu Bewußtsein gebracht werden. In der Epoche des sich aufwärts entwickelnden Kapitalismus blieb diese grundlegende marxistische Erkenntnis theoretische **Wissenschaft.** Heute, in der Epoche der sozialen Weltrevolution, ist sie **Aufruf zu revolutionärer Tat.** Mußte das „Kommunistische Manifest" noch sagen: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große, feindliche Lager", so ist diese Spaltung jetzt **vollendet.** Die beiden Lager, Bourgeoisie und Proletariat, stehen sich zum Entscheidungskampf auf Tod und Leben gegenüber. Der Zeitpunkt, den das „Kommunistische Manifest" voraussagte, wo „die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen", dieser Zeitpunkt ist da. Um eine Klasse unterdrücken zu können, müssen dieser Klasse Bedingungen gesichert sein, innerhalb derer sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Heute ist die Bourgeoisie unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden". Waren Reformismus und Opportunismus schon immer Ableitungen des Klassenkampfes, Mittel der Eigenvitalität und Verankerung des Massen abnehmen und Unselbständigkeit im revolutionären Handeln erzeugen, zu verwirren sind, da nur so die Betreuung der Arbeiterklasse möglich wird, eben als Werk der Arbeiter selbst.

Genossinnen und Genossen! Die im „Spartakusbund" organisierten Hand- und Kopfarbeiter knüpfen mit ihrem Programm bewußt an an die Lehren von **Karl Marx, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht** und **Lenin** (es ist selbstverständlich, daß wir den späteren Staatsmann Lenin, den Lenin der „Kinderkrankheiten" **ablehnen**); wir knüpfen an an die Lehren der glorreichen russischen Oktoberrevolution, die uns stets mahnendes Beispiel in unserem Kampfe bleiben wird, wir knüpfen an an die Lehren des deutschen November 1918.

Die im „Spartakusbund" vereinten Arbeiter haben aus der Geschichte des Proletariats, die eine Geschichte schwärzesten Verrats, der Täuschung und des Betruges darstellt, gelernt und sind gewillt, aus den bitteren Erfahrungen für sich und ihre Klassengenossen die Konsequenzen zu ziehen.

Als die deutsche Arbeiterbewegung sich in der Periode ihrer tiefsten Schmach befand, als die Partei- und Gewerkschaftsführer offen zum Klassenfeind übergelaufen waren, erstand der „Spartakusbund" als das Gewissen des in den Erdlichern das kapitalistische „Vaterland" verteidigenden Lohnsklaven.

Der „Spartakusbund" entlarvte die Schurkenrolle der Partei- und Gewerkschaftsbonzen und proklamierte: **diese Organisationen müssen zertrümmert,** das Proletariat muß aus der Bevormundung durch Führercliquen befreit werden, soll ein soziale Revolution siegen.

Nicht eine neue Partei wollte der „Spartakusbund" werden, die über das Proletariat oder durch das Proletariat zur Herrschaft zu kommen trachtete, sondern die proletarische Klassenorganisation. Die russische Oktoberrevolution hatte die Räte-diktatur der Pariser Kommune noch nicht zum Triumph gebracht, als schon Karl Liebknecht in seiner Zuchthausstelle im Luckau die bisherigen Organisationsformen von Partei und Gewerkschaften als die Quellen der Klassenohnmacht aufdeckte und die Prinzipien für die Organisation entwarf, die den geschichtlichen Ansprüchen allein gerecht werden kann. Karl Liebknechts Forderungen, die in einem von der KP und der Kommunistischen Internationale bis heute totgeschwiegenen „Politischen Nachlaß" nachzulesen sind, sind identisch mit der Parole „Alle Macht der Räten und den Leninismus, die Rosa Luxemburg in ihrer Schrift verwirklicht; „Was will der Spartakusbund?" stellt sich rücksichtslose Bruch mit der Führerpraxis und -theorie und verbrüdert mit jeglichem strategischen Parteizentralismus, dieses Bestreben, den revolutionären Klassengedanken von der Bevormundung durch Berufsbürokratie zu befreien, um den Massen heraus nach dem Rätesystem die revolutionäre Avantgarde zu ermöglichen; dies ist Karl Liebknechts Ziel gewesen, das Ziel des „Spartakusbundes".

Die Geschichte des Spartakusbundes ist nach dem Januargemetzel der sozialdemokratischen Judasse gewaltsam beendet worden. Im Bunde mit der Konterrevolution, gestützt von Spießer-Jämmerlichkeit und -feigheit der in SPD und Gewerkschaften organisierten Lohnsklaven gelang es Noske, Tausende der Besten abzuschlachten. Aber, Genossen, was die Ebert-Noske-Scheidemann mit Hilfe der Ebenhotschefateska nicht vermocht hatte: die **körperliche** Niederlage durch eine ideologische Knebelung zu sichern, dies ungeheuerliche vollbrachte dann die „abgeklärte" zweite Garnitur des Spartakusbundes, vollbrachten, auf Befehl Moskaus, die **Levi & Co. zu Heidelberg.** Heidelberg verhinderte den revolutionären Bund in eine sozialdemokratische Parlamentspartei. Heidelberg brachte die für das revolutionäre Proletariat bereits erledigten Organisationsformen zur alten Macht über das Proletariat. Heidelberg vertrat den Rätegedanken zugunsten der von Liebknecht und Rosa Luxemburg als schlimmstes Uebel gebrandmarkten Berufsführerschaft. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! In einer Zeit, als die Sache des Proletariats am schändlichsten verraten war, erhob der „Spartakusbund" das Banner der sozialen Revolution und rief die Lohnsklaven auf, sich zu befreien.

In einer Zeit, wo das kapitalistische Wirtschaftssystem sich in Todeskrämpfen windet, haben sich die revolutionären Arbeiter erneut zusammengeschlossen in der politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation „Spartakusbund", die aufgebaut ist nach dem Rätesystem auf Betrieben und Nachweisen, die genau wie der alte Spartakusbund **keine Partei, keine Führerangelegenheit** ist, aber die Organisation der Proletarier, die abrochen haben mit bürgerlichen Organisierungsmethoden.

Der „Spartakusbund" erklärt, daß es im Kampf um die kommunistische Gesellschaft kein Paktieren geben kann mit dem Klassengegner, daß aber **jeder** Parlamentarismus Paktieren bedeutet.

Der „Spartakusbund" erklärt, daß die politischen Parteien und die Gewerkschaften historische Gebilde darstellen, die im Kampfe um die Herrschaft der Arbeiterklasse völlig untauglich geworden sind. An ihre Stelle setzt der „Spartakusbund" die proletarische Rätorganisation, die in den revolutionären Betriebsorganisationen ihren Ausdruck findet und in der Revolution und nach dem Sturz des Kapitalismus durch die Räte wirksam wird. Der „Spartakusbund" verwirft die Teilung der Räteorganisation in eine **politische** und in eine wirtschaftliche Sonderorganisation; er stellt die politisch-wirtschaftliche **Einheitsorganisation** des revolutionären Proletariats dar.